



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 15. April 1885.

Nr. 174.

Deutscher Reichstag.

76. Plenar-Sitzung vom 14. April.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär v. Burchard nebst Kommissarien.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Eingegangen ist eine Mittheilung des Reichsanzlers über die Entschlüsse des Bundesraths über Beschlüsse des Reichstages, ferner ein Gesetzentwurf betr. die Steuervergütung für Zucker und Altkornbrot betr. die Verhandlungen der Kongokonferenz.

Nachdem eine größere Anzahl von Urlaubsgesuchen bewilligt worden, macht der Präsident Mittheilung von dem Eingang eines Schreibens des Abg. Dr. Frhrn. v. Schorlemer-Mst (Zentr.), in welchem dieser anzeigt, daß er aus Gesundheitsrücksichten sein Reichstagsmandat niederlegen müsse. (Sensation.)

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Lesung der Zolltarifnovelle.

Nachdem die Abstimmung über die Position „Zigaretten“, welche vor den Osterferien wegen Beschlußunfähigkeit nicht erledigt werden konnte, einstweilen ausgesetzt worden, wendet sich das Haus zur Verathung der Position „Erden, Erze, edle Metalle, Asbest und Asbestwaaren.“ Gegenwärtig sind dieselben frei; die Regierungsvorlage beantragt folgende Aenderungen: „Erden und rohe mineralische Stoffe ... frei; Pappe und Papier aus Asbest in Bogen, Rollen oder Platten 1) ungeformt 10 M., 2) geformt, aus durchlocht, 24 M.; Seide, Schüre u. s. w. aus Asbest 24 M.; Asbestgewebe 40 M.; Asbestwaaren, anderweit nicht genannt, 60 M. für 100 Kilogramm.“

Es liegen hierzu drei Anträge vor, über welche, da sie verschiedene Materialien betreffen, nämlich Asbest, Zement und Schlemmfeste, getrennt diskutiert wird.

Zunächst wird der Antrag des Abg. Brömel (Freis.) diskutiert, welcher die obigen Sätze von 10, 24 und 40 M. auf resp. 5, 8, 12 und 24 M. ermäßigen will.

Nachdem Abg. Brömel in ausführlicher Darlegung seine Anträge als im Interesse der Asbestindustrie liegend befürwortet, während der Vertreter der verbündeten Regierungen, Geheimrath Ober-Regierungs-Rath Mosler, im Interesse des Schutzes der heimischen Industrie für die Sätze der Regierungsvorlage eintrat, wird auch die Abstimmung über diese Position einstweilen ausgesetzt.

Es folgt die Position „Zement“, welcher bisher frei gewesen und für welchen die Abg. Diehl (Zentr.), Sehlmayr (natlib.) und Genossen einen Zollsatz von 0,30 M. beantragen.

Nachdem Abg. Sedlmayr seinen Antrag, bezüglich dessen der Vertreter der verbündeten Regierungen die Entscheidung dem Hause anheimstellt, zur Annahme empfohlen, wird derselbe vom Abg. Münch (deutschfreis.) bekämpft und darauf vom Antragsteller Diehl dahin modifiziert, daß nur der land- und flußwärts eingeführte Zement den beantragten Zollsatz tragen soll.

Nach einer weiteren Belämpfung des Zementzollses seitens des Abg. Brömel, welchem er glaubt eine gegen Desterreich gerichtete Retorsionsmaßregel erbliden zu sollen, führt

Bevollmächtigter zum Bundesrath (Staatssekretär v. Burchard aus, daß die Abg. der verbündeten Regierungen keineswegs darauf gerichtet sei, Retorsionsmaßregeln gegen Desterreich zu ergreifen, sondern die Zolltarifnovelle fasse lediglich die eigenen, inländischen Bedürfnisse ins Auge, welche eine Berücksichtigung dringender erheischen.

Darauf sprach sich Abg. Dr. Frege (deutschkons.) für den modifizierten Antrag des Abg. Diehl aus, in welchem er einen Vermittelungsantrag begründet.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung nahm Staatssekretär v. Burchard wiederholt Gelegenheit, die Behauptung des Abg. Richter (freis.), die deutsche Zolltarifnovelle habe einen gegen Desterreich gerichteten aggressiven Charakter, als völlig ungerechtfertigt zu charakterisiren, da die verbündeten Regierungen lediglich eine Berücksichtigung der dringenden inländischen Bedürfnisse im Auge hätten.

Zu einer Abstimmung kam es nicht, da eine

auf Anregung des Abg. v. Köller (deutschkons.) erfolgende Auszählung die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergab.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Kleinere Gesetzentwürfe und Petitionen.

Randtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

51. Plenarsitzung am 14. April.

Am Ministertisch: Finanzminister Dr. von Scholz, Kultusminister Dr. von Gossler und mehrere Kommissarien, später Minister des Innern v. Puttkamer.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Eingegangen ist eine Denkschrift betreffend den in Bielefeld verhängten (inzwischen bereits aufgehobenen) Belagerungszustand.

Tagesordnung:

Einziger Gegenstand ist die zweite Verathung des Antrages der (freikonservativen) Abgg. Freiherr von Zedlitz und Reutkirch (Mühlhausen) und Schmidt (Sagan) auf Annahme eines Gesetzentwurfes betreffend die Pensionirung der Volksschullehrer.

Dieser Gesetzentwurf ist in einer besonderen Kommission verberathen worden. Berichterstatter Abg. Schmidt-Sagan (freikons.) befürwortet die Annahme des Gesetzentwurfes in der Gestalt, welche derselbe bei den Verathungen in der Kommission erhalten.

Finanzminister v. Scholz: Rücksichten auf die Finanzlage, sowie die noch nicht behobenen Schwierigkeiten einer generellen Neuordnung der Bestimmungen über das Volksschulwesen hielten die Regierung bisher von einer Initiative in dieser Frage ab, und würden sie auch vorläufig noch weiter davon abgehalten haben. Nachdem aber die Initiative vom Hause unter Berücksichtigung der maßgebenden Verhältnisse ausgegangen, könne die Regierung, da sie die Tendenz und den Zweck des Antrages billigen müsse, im Allgemeinen dem Entwurf zustimmen. Daran halte aber die Regierung fest, daß die Gemeinden mit einem Theilbetrag zu den Lehrerpensionen beitragen müßten; ferner erscheine der Regierung angesichts der Finanzlage der Minimalbetrag des Staatsbeitrages von 900 Mark zu hoch: sie halte einen Pensionsfuß von 600 Mark im Minimum für angemessener. Die Regierung habe schwere Bedenken zu überwinden gehabt, sie hoffe aber, daß ihr Entgegenkommen gute Früchte tragen werde.

Nach § 1 soll jeder an einer zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienenden öffentlichen Schule (öffentliche Volksschule) definitiv angestellte Lehrer eine lebenslängliche Pension erhalten, wenn er nach einer Dienstzeit von wenigstens 10 Jahren in Folge körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist und deshalb in den Ruhestand versetzt wird.

Abg. Hansen (freikonservativ) ist prinzipiell für die Vorlage, bemängelt aber die unbestimmte Fassung des § 1, aus welchem nicht hervorgehe, daß die obligatorische Volksschule gemeint sei.

Geb. Rath Raffel: Die Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts ließen keinen Zweifel darüber, wie die Bestimmung ausgelegt werden solle.

Abg. Richter-Hagen (deutschfreisinnig): Seine Partei stimme dem Kommissions-Entwurfe bis auf einige Punkte, zu welcher sie Anträge eingebracht, zu. Bei der Regelung der Pensionirungen müsse Rücksicht auf eine künftige Verbesserung der Gehalts-Verhältnisse genommen werden. Demgemäß sei auch der Deckungsmodus (bis 900 Mark aus der Staatskasse, darüber hinaus durch die bisher Verpflichteten, zu ändern, und zwar derart, daß die Pension zu zwei Dritttheilen aus der Staatskasse und zu einem Dritttheile von den bisher Verpflichteten gezahlt werde. Dadurch bewege seine Partei, eine Verstaatlichung der Schule zu verhindern.

Finanzminister v. Scholz: Bezüglich des Verteilungsmodus stehe die Regierung einer überwiegenden Mehrheit gegenüber, welche den Staatsbeitrag auf 900 Mark festgesetzt habe. Er sei

prinzipiell für eine prozentuale Vertheilung der Leistungen. Es handle sich aber um ein Nothgesetz und im Interesse des Zustandekommens desselben habe die Regierung den dargelegten Standpunkt gewählt. Bei einer nochmaligen Erwägung der Frage würde er (Redner) den deutschfreisinnigen Antrag gern acceptiren. Der Vorwurf, daß die Regierung ihr fiskalisches Interesse zu sehr in den Vordergrund stelle, sei unbegründet. Gerade damit, daß die Regierung als Staatsbeitrag 600 Mark normirt zu sehen wünsche, wolle sie der Versuchung für den Staat entgegenwirken, sich mehr als zuviel in die Gemeindefinanz-Angelegenheiten zu mischen; die Regierung erstrebe keineswegs eine Verstaatlichung der Schule.

Abg. v. Schendendorff (nat-lib.) stimmt der Vorlage im ganzen zu, hat aber verschiedene einzelne Bedenken. Speziell würde er eine Quotifirung der Deckungsmittel im Verhältniß von 3 zu 1 vorziehen, wie er in der Kommission beantragt habe. Hier könne er sich dem deutschfreisinnigen Antrag anschließen. Er bitte, von den Versprechungen, die den Lehrern seit Jahren gemacht worden, durch Annahme des Gesetzes wenigstens etwas einzulösen.

Abg. Dr. Windthorst: Er könne den Antrag, der in die Dotationsfrage tiefer eingreife und mit vielen anderen Gebieten mehr zusammenhänge als der Antrag Huene, nur als einen sehr unglücklichen legislatorischen Versuch bezeichnen. (Ho! rechts.) Gerade von Herrn v. Zedlitz habe er eine bessere Arbeit erwartet. Er wolle alles aufbieten, den Lehrern das zu verschaffen, was der Antrag wolle, aber der eingeschlagene Weg sei nicht der richtige. Der Westen der Monarchie soll wieder einmal zu Gunsten des Ostens bluten, die Schule soll zum Staats-Institut gemacht werden. Dem widerspreche aber Artikel 25 der Verfassung, der bestimme, daß die Schullasten die Gemeinde zu tragen habe und der nicht nur eine finanzielle, sondern in dieser Hinsicht eine eminent politische Bedeutung hat. Zur Prüfung der Frage, wer die Lasten zu tragen habe und wie sie zu vertheilen seien, sei Rückverweisung an die Kommission notwendig. Wo sollten auch die Mittel herkommen, welche das Gesetz erfordere, doch nur durch neue Steuern; man denke wohl an eine erhöhte Tabaksteuer oder das Monopol? Das Volk könne aber keine neue Steuern mehr zahlen. Es müsse gepart werden. (Aufe: Wo?) Das gehört nicht hierher, sondern in die Budgetverathung. (Aha! rechts; Heiterkeit.) Sie (nach rechts) streuen freilich das Geld mit vollen Händen aus; denken Sie an den Reichstag, wo Sie Millionen für große utopische Ausflüchte bewilligten. (Heiterkeit.) Sie haben natürlich den Beutel voll, der arme Mann aber muß es fühlen. Redner beantragt nochmals Rückverweisung der Vorlage an die Kommission.

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (kons.): Daß die gegenwärtigen Zustände in Bezug auf die Pensionsverhältnisse der Volksschullehrer unhaltbar seien, werde von allen Seiten anerkannt. Die Vorlage soll dazu dienen, ein längst gegebenes Versprechen einzulösen und namentlich den alten Lehrern zu helfen. Seine Partei stehe auf dem Boden der Kommissionsvorlage, sei aber bereit, wenn davon das Zustandekommen der Vorlage abhängig gemacht werde, der Regierung bezüglich der von ihr geltend gemachten Bedenken entgegenzukommen. Er bitte um Annahme der Kommissionsbeschlüsse. (Beifall rechts.)

Abg. Zaruba (Zentrum) spricht für den § 1 der Vorlage.

Abg. Richter (deutschfreis.): Wenn Herr Windthorst frage: wo sollten die Mittel herkommen, so erwidere er, daß das Erforderniß bis zu einem geringen Bedarf durch Staatsschulden-Konvertirung aufgebracht werde. Und wie wolle Herr Windthorst beim preussischen Etat so große Summen sparen? Wie könne er vom Sparsprechen, während er durch den Antrag Huene das Gegentheil thut. Redner ist gegen nochmalige Kommissionsverathung, empfiehlt den deutschfreisinnigen Antrag betreffs der Quotifirung und bittet um möglichst schnelle Erledigung der Vorlage.

Abg. Dr. Enneccerus (nat-lib.): Der vom Abg. Windthorst angelegene Art. 25 der Verfassung komme hier nicht in Betracht, denn er handle von der Errichtung, Erhaltung und Erwei-

terung der Volksschule, berühre aber die Pensionen nicht. Der freisinnige Antrag betreffend die Quotifirung belaste die Gemeinden zu sehr; annehmbar sei der Vorschlag, drei Viertel der Kosten dem Staate, ein Viertel der Gemeinde zu überweisen. Das Zustandekommen des Gesetzes dürfe aber durch diese Anträge nicht gefährdet werden, seine Partei werde in der dritten Lesung demgemäß Stellung nehmen. Erst müsse den Lehrern geholfen werden, die Kostenvertheilung stehe erst in zweiter Linie.

Abg. Frhr. v. Rittshofen (kons.) ist für das Gesetz im Allgemeinen, wünscht aber die Staatsleistung anstatt auf 900 Mark vielmehr bis 750 M. normirt zu haben.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.) weist den Vorwurf des Abg. Windthorst zurück, daß die Kommission und er (Redner) schlecht gearbeitet habe. Windthorst habe gesagt, er wolle alles thun, um den Lehrern die Wohlthaten dieses Gesetzes zu verschaffen, er habe aber alles gethan, um dieses Ziel zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Redner befürwortet dann ausführlich den Antrag. Gegen eine Quotifirung müsse er sich zur Zeit aussprechen, dagegen anerkennen, daß bei einer definitiven Regelung der Schuldotationsfrage auf eine solche zurückgegriffen werden müsse. Es sei zu hoffen, daß bezüglich der von der Regierung geäußerten Bedenken eine Einigung erzielt werde; jedenfalls aber sollte alles gethan werden, um den Entwurf im Interesse des schwer bedrängten Lehrerstandes Gesetz werden zu lassen.

Abg. Dr. Windthorst weist den Vorwurf zurück, daß er das Zustandekommen des Gesetzes verhindern oder auch nur verzögern wolle; er sei nur mit dem Wege nicht einverstanden, auf dem das Ziel des Gesetzes erreicht werden solle.

Minister v. Gossler spricht seinen Dank und seine Freude darüber aus, daß bei den maßgebenden Parteien des Hauses soviel Anknüpfungspunkte für ein Zustandekommen des Gesetzes vorhanden sind. Der Minister erklärt sich gegen eine Quotifirung der Kosten und empfiehlt den vom Finanzminister gemachten Vorschlag betreffs des Minimums und des Kostenanteils des Staates im Betrag von 600 Mark. Die Gemeinden würden sich, wie Redner mit Zahlen belegt, dabei besser stellen als gegenwärtig und als es nach dem freisinnigen Antrag der Fall sein würde. Ein großer Vorzug des Gesetzes würde der sein, daß die Beitragsleistungen des Amtsnachfolgers wegfielen; es würden dadurch eine Menge Streitigkeiten in Wegfall kommen.

Die Diskussion wird darauf geschlossen und § 1 mit sehr großer Majorität angenommen (nur wenige Zentrumsmitglieder stimmen dagegen).

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verathung.

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. April. Die Denkschrift über die Erklärung des Belagerungszustandes für den Stadtkreis Bielefeld und die Amtsgemeinde Gadderbaum Sandhagen, die heute im Parlament vertheilt werden wird, hat nur einen geringen Umfang. Sie schildert die Vorgänge, die der Verhängung dieser Maßregel vorangingen, in der Weise, wie sie durch die Presse bekannt geworden sind, und hebt hervor, daß der Belagerungszustand am 29. März durch einen muthmaßlichen Beschluß des Regierungs-Präsidenten, der obersten Militärpersonen der Garnison, des Ersten Staatsanwalts und des Oberbürgermeisters nach näherer Erörterung der Sachlage, nach welcher die Fortdauer von Unruhen und die fernere Nothwendigkeit eines bewaffneten Einschreitens zu befürchten waren, verfügt worden sei. Die Denkschrift publizirt alsdann die bekannte Proklamation des Oberst Köppen und bemerkt dann weiter, daß das Staatsministerium den Belagerungszustand auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 mittelst Beschlusses vom 30. März bestätigt habe.

Es ist dabei von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Der bei den Bielefelder Vorgängen den Bemühungen des polizeilichen Exekutivpersonals und

der bewaffneten Macht, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, beziehentlich wiederherzustellen, von den erregten Volksmassen entgegengefehlter Widerstand trug unabweisbar nach seiner Intensität und Hartnäckigkeit den Charakter des Aufstands an sich. Das Einschreiten der Polizei erwies sich als völlig fruchtlos, die Exekutiv-Beamten wurden zurückgedrängt, verhöhnt, mit Schlägeln bedroht und sogar gemißhandelt. Als darauf das requirirte Militär erschien, wurde auch diesem, selbst bei wiederholtem Einschreiten, thätlicher Widerstand geleistet, sodaß mit der blanken Waffe vorgegangen werden mußte. Die Besorgniß, daß es zu weiteren und bedrohlicheren Ausschreitungen kommen werde, lag um so näher, als die ursprüngliche und eigentliche Veranlassung des Aufstandes, die Arbeitseinstellung in der Roshischen Fabrik, noch fortbauerte, und in der Stadt überall die Nachricht verbreitet war, daß die Ruhestörungen demnächst von Neuem beginnen würden. Nach allem diesem konnte kein Zweifel darüber obwalten, daß es sich um einen mit dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbundenen Aufstand handelte, zu dessen Unterdrückung, die im § 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 vorgesehenen Maßregeln in Anwendung zu bringen, volle Veranlassung vorlag.

Diese Maßregel hat sich, so fährt der Bericht dann fort, als wirksam erwiesen, denn, wenn gleich an den beiden ersten Tagen nach Erklärung des Belagerungszustandes noch Verhaftungen in Folge von Einzelerzessen und Widersehligkeiten erfolgten mußten, so haben doch Ruhestörungen in größerem Umfange nicht mehr stattgefunden.

Nachdem inzwischen ein Ausgleich zwischen der Firma Rosh u. Co. und den feiernden Arbeitern zu Stande gekommen ist und die letzteren die Wiederaufnahme der Arbeit mit dem 9. April zugesagt haben, ist der Belagerungszustand für den Stadtkreis Bielefeld und die Amtsgemeinde Gadderbaum-Sandbagen mit dem Ablauf des 8. April 1885 aufgehoben worden.

Daß unter den Gratulanten am Bismarckstage sich auch Viktor Hugo befunden habe, erfährt man durch die „Weimarsche Zeitung“. Derselbe ist „durch besondere Freundschaft“ in den Besitz einer Abschrift dieses Briefes gelangt, dessen Adresse bereits in ihrer gewaltigen Einfachheit den Jupiter verrät: „Viktor Hugo an Otto Bismarck.“ Dann heißt es weiter: „Der Niese sendet dem Niesen seinen Gruß. Der Feind dem Feinde, der Freund dem Freunde. Ich hasse Dich gemüthlich, denn Du hast Frankreich erniedrigt. Ich liebe Dich, denn ich bin größer als Du. Du schwiegst, als die Glocke auf dem Thurne meines Ruhmes mein 80. Jahr dröhnte. Ich rede, da die geraubte Pendule Deines Schreibstisches sich weigert, Dir den Eintritt in die 70 zu künden. Ich 80, Du 70, ich 8, Du 7, die Menschheit als Null dahinter. Wir beide vereint als ein Mann, und die Weltgeschichte wäre zu Ende. Du der Körper, ich der Geist, Du die Wolke, ich der Blitz, Du die Macht, ich der Ruhm. Wer ist größer, der Sieger oder der Besiegte? Keiner. Der Dichter ist größer, der sie Beide bezieht. Wozu der Dichter die großen Männer macht, das sind sie. Wozu sie sich selbst machen, das scheitern sie. Aber Du bist groß, denn Du kennst die Furcht nicht. So reiche ich, der Dichter, Dir, dem großen Manne, die Hand. Frankreich zittert, Deutschland zittert, Europa zittert, es zittert die Welt. Und wir Beide allein, groß, einsam. Ich nicde, Du nicdst. Und der große Bund, der ewige Völkerverbund ist besiegelt.“ Die ewig denkwürdige Urkunde trägt die Unterschrift: Hugo. Gegengezeichnet: „Otto. Leb wohl!“ Das ist keine üble Satire auf den hochtrabenden Bombast Viktor Hugo'scher Episteln.

Bezüglich der aus der Bismarck-Spende zu errichtenden Stiftung hören wir, daß der Reichsfanzler der Ueberzeugung sei, dieselbe müsse einem mehr als lokalen Zwecke dienen, da die Beiträge zu der gedachten Spende aus allen Landestheilen herkommen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik wird sich mit einem Kapital, das etwa 50,000 Mark Zinsen jährlich abwirft, nichts Lebensfähiges schaffen lassen. Für eine allgemeine Stiftung, etwa im Sinne der Altersversorgung, reichen die vorhandenen Mittel nicht aus. Aus diesen Erwägungen ist der Herr Reichsfanzler zu der Ansicht gekommen, daß sich als Stiftungszweck die Gewährung von Universitätsstipendien empfehlen würde, und zwar speziell zu Gunsten der Studierenden und Kandidaten des höheren Lehrfachs. Dafür dürfte unseres Erachtens insbesondere sprechen, daß die bezeichneten Kreise nach ihrem Ausgangspunkt und ihrer Dotation in Bezug auf Kinder-Erziehung nicht besser gestellt sind, als die Studierenden der Theologie, und daß die Schwierigkeiten, welche in konfessionellen Verhältnissen liegen, bei Ersteren wegfallen.

Das Ereigniß des Tages ist die Niederlegung des Reichstagsmandats seitens des Herrn v. Schorlemer-Alst. Die „Gesundheitsrückichten“ haben bisher bei den Ultramontanen selbst zu wenig Geltung besessen, wenn sie von Ministern geltend gemacht wurden, als daß sie jetzt mit dem Anspruch auf Glauben proklamirt werden sollten. Gesundheitsrückichten, die übrigens die Führung eines Mandats im Landtage gestatten, im Reichstage aber verboten, sind wohl weniger vom medizinischen als vom politischen Standpunkte aus zu beurtheilen. Die „Gesundheitsrückichten“ sollen gewiß nur deutlich sagen: „Wir können oder wollen uns nicht über den Grund des Austritts äußern“. Damit wären die oft erörterten Differenzen zwischen Schorlemer-

Alst und Windthorst offiziell zugestanden und hätten mit dem freiwilligen Rücktritt des jüngeren Führers geendet. Entspricht aber dem Bruch der Führer nicht auch ein Zwiespalt in der Partei, und wird sich dieser so einfach lösen lassen? — Besonders in französischen Blättern war die Behauptung aufgefaßt, Deutschland habe die Vermittlung in der afghanischen Frage übernommen. Solche Gerüchte liegen allerdings bei den gegenwärtigen Verhältnissen so zu sagen in der Luft, ihre Verwirklichung ist auch keine Unmöglichkeit, aber immerhin, wie wenigstens der „Kölnischen Zeitung“ von Berlin berichtet wird, eine Unwahrscheinlichkeit, da Fürst Bismarck in seiner Eigenschaft als ehrlicher Mäccler zu bitterer Erfahrung gemacht habe, als daß er einen besonderen Wunsch hegen könnte, die undankbare und schwierige Rolle eines solchen uneigennütigen Vermittlers wiederum zu übernehmen. Bisher sind von England und Rußland derartige Wünsche auch noch nicht geäußert worden und dem Anscheine nach werden sie auch nicht erwartet.

Nicht ganz in Uebereinstimmung mit der Berliner Information des rheinischen Blattes steht eine Nachricht, die ihm sein Wiener Korrespondent zukommen läßt, welcher aus sicherer Quelle erfahren haben will, daß zwischen Deutschland und Oesterreich Verhandlungen gepflogen würden, welche auf eine friedliche Lösung der russisch-englischen Krisis abzielten.

Eine zweite Ausgabe der „Times“ vom gestrigen Tage enthält ein Telegramm aus Hongkong, nach welchem in den Verhandlungen zwischen Frankreich und China Schwierigkeiten eingetreten sein sollen.

Ausland.

Wien, 14. April. (B. Z.) Wenngleich die diplomatischen Kreise noch immer die Verhütung eines englisch-russischen Krieges erhoffen, so erwägen dieselben doch auch schon vorsichtshalber die ungünstigste Eventualität und diskutieren vertraulich jene Maßregeln, welche zu ergreifen wären, um mindestens Europa vor dem Hineinziehen in die Kriegesgefahr zu bewahren. Deutschland und Oesterreich, getreu ihrer Mission, Frieden zu erhalten, scheinen die Initiative ergriffen zu haben, um den anderen Mächten, mit Ausnahme der beiden Streitenden, Gelegenheit zur Präzisierung ihrer Haltung im Falle des Ausbruchs des englisch-russischen Krieges zu bieten. Die Verbündeten dürften, nachdem sie sich überzeugt haben, daß die Türkei zur Neutralität unter allen Umständen entschlossen ist, Frankreich und Italien eingeladen haben, ihre bezüglichen Anschauungen für jene ungünstige Eventualität darzulegen. Deutschland und Oesterreich ermanngelten im Interesse der Klarheit und der rascheren Verständigung nicht von vornherein ihren Standpunkt dahin zu formuliren, daß alle zur Zeit in Europa bestehenden internationalen Verträge durch einen etwaigen Krieg in Zentralasien in keiner Weise berührt werden und daß selbst die Kriegführenden jene Verträge, welche auch die übrigen Mächte betreffen, nicht außer Acht lassen können. Diese Grundsätze scheinen in Paris und Rom Zustimmung gefunden zu haben, und wenn ein englisch-russischer Krieg wirklich ausbricht, dürften Deutschland und Oesterreich förmlich beantragen, daß sich alle Mächte durch bindende Zusagen zur strikten Befolgung jener Grundsätze verpflichten. Dadurch hofft man, Europa schlimmstenfalls vor Einschüchterungen zu bewahren und namentlich auch die Auflösung der großen Orientfrage zu verhindern. Zweifelloß wäre eine solche Einmütigkeit der Mächte der wirksamste Schutz der Türkei, und weder England noch die kleinen Balkanländer dürften sodann Europa und die den europäischen Orient betreffenden Verträge ignoriren, so daß der englisch-russische Krieg ein Duell dieser beiden Mächte bliebe.

London, 14. April. Nicht beachtenswerth ist, was die englische Militärschrift „Army and Navy Gazette“ über die Möglichkeit des Kriegsausbruchs schreibt:

„Es ist kein leichtes Ding. Wir gehen nicht frohen Herzens hinein, noch billigen wir die Meinung: „Der Konflikt sei unvermeidlich, und es sei besser, er kommt jetzt, als später“; denn wenn er jetzt kommt, muß er bis zum Ende ausgefochten werden, während, wenn die Sache noch hingezogen wird, Dinge sich ereignen können, in Rußland und anderswo, welche die Lage bessern können.“

Dieses Urtheil zeugt von alter englischer Mäcclertheit und hält sich frei von der Kriegeslust der politischen Presse Englands.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. April. Die vom hiesigen Zentralverein für Armenpflege am 1. Januar in der Oberwiel Nr. 51 errichtete Vereins-Kaffeeküche ist am 1. April nach der Oberwiel Nr. 69 verlegt worden, wo sie allem Anscheine nach für die Arbeiterklasse günstiger liegt. Im letztverfloffenen Monat wurden in dem Lokale ca. 600 Mittagsmahlzeiten, welche die Volkstüche lieferte, verabreicht. Der Besuch hat sich demnach inzwischen gesteigert, es finden sich an dieser Stelle auch zum Kaffeetrinken die Gäste zahlreicher ein, so daß das Ergebnis, da in Zukunft der Verkehr noch ein lebhafterer zu werden verspricht, immerhin ein leidlich befriedigendes zu nennen ist.

Der Werkmeister-Verein für Stettin und Umgegend, welcher den Zweck verfolgt, eine engere Verbindung unter den Werkmeistern anzubahnen, um geschäftliche Interessen wahrzunehmen und die Lehrlingsfrage zu regeln, erfreut sich einer immer regeren Theilnahme und die Mitgliederzahl ist

fortwährend im Wachsen. Auch für die auswärtigen Mitglieder läßt sich im eigenen Interesse der Theilnahme warm empfehlen.

In der von uns avisirten, von Herrn Dr. Grünfeld aus Berlin in den nächsten Tagen im hiesigen Stadttheater veranstalteten „Soiree musikalischer Celebritäten“ werden den gesanglichen Theil übernehmen: die Damen: königl. Kammerjängerin Frau Wilma v. Boggenhuber und die königl. Hofopernjängerinnen Fräulein Lola Beeth und Fräulein Julie von Ghilany, sowie die Herren: königl. Kammerjänger Franz Krolow und königl. Hofopernjänger Nikolaus Rothmühl, sämmtlich vom königl. Opernhause zu Berlin.

Wie Herr Direktor Emil Schirmer uns mittheilt, werden sich die vorzüglichsten Kräfte der vornehmsten Spezialitäten-Bühne der Residenz, des Berliner Reichshallen-Theaters, nach Schluß der dortigen Saison, welche am 15. d. M. stattfindet, zu einem Gesamt-Gastspiel nach Stettin begeben, um im hiesigen „Belle-vue-Theater“ eine kurze Serie von Vorstellungen zu veranstalten, die um so mehr das allgemeine Interesse für sich in Anspruch nehmen werden, als hier nur selten Gelegenheit geboten wird, auf dem Gebiete der Spezialität Artstift auf einmal zu sehen, und überdies während der ins Auge gefaßten Zeitperiode Stettin absolut keinerlei anderweitige theatralische Genüsse haben wird.

Westen Nachmittag wurde der 6 Jahre alte Sohn der in der Fußstraße wohnhaften Wittwe Gottwaldt in der Nähe der Langenbrücke von den vor einen Bierwagen gespannten Pferden niedergedrückt und von dem einen Vorderrad des Wagens so scharf am Kopfe gestreift, daß die linke Ohrmuschel abgetrennt wurde.

In Pyritz starb vor einiger Zeit ein Fräulein Goldbeck, welches der Stadt Pyritz ein Kapital von 150,000 Mark und ihr dort liegendes Grundstück vermachte, mit der Bedingung, daß die Stadt aus dem Kapital ein Stifft für unverheirathete Damen erbaut. Es ist nun am 4. d. M. auf dem Kirchhofe zu Pyritz seitens der Stadt an der Begräbnisstätte der Erblasserin ein Denkmal aus dunklem Granit errichtet worden, welches aus dem Atelier von E. Horn hier hervorgegangen ist.

Der Postdampfer „Julda“, Kap. D. Heimbruch, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 1. April von Bremen abgegangen war, ist am 12. April wohlbehalten in Newport angekommen.

Am 13. d. M. wurden einem Altbammerstraße 36 wohnhaften Buchhalter aus seiner unverschlossenen Stube ein Jaquet und Weste, eine Kouriertasche und ein Spazierstock im Gesamtwert von 77,50 M. gestohlen.

Aus den Provinzen.

Am 31. März d. J. starb der Bauernhofbesitzer Maas auf Birkhorst bei Eggesin und wurde die Leiche am 3. April beerdigt. Jetzt nun ist die Leiche auf Befehl der königl. Staatsanwaltschaft exhumirt und fand am Montag Nachmittag 2 Uhr die Obduktion statt. Es liegt nämlich der Verdacht vor, daß Maas ermordet worden ist, da der Körper desselben mit vielen Wunden bedeckt gewesen sei.

Aus Glogau wird berichtet, daß sich die nachtheilige Einwirkung des Sperrgesetzes sehr empfindlich der Oderschiffahrt bemerklich macht. Nach Eröffnung der Schiffsahrt pflegten sonst wochenlang die polnischen Getreideendungen den Hauptverkehr auszumachen. In diesem Jahre sind diese Transporte einfach ausgeblieben, zum großen Nachtheil der Segelschiffahrt.

Kunst und Literatur.

Frau Annette Esztopff, die am Donnerstag zum zweiten Male in diesem Monat in einem Hof-Konzert einwirkte, ist zur königlichen Hofkapellistin ernannt worden.

Vermischte Nachrichten.

(Auch eine Ehrenerklärung.) In Wien wurde dieser Tage eine Ehrenbeleidigungsklage verhandelt, und die Klägerin, welche von der Verklagten eine wichtige Ohrfeige erhalten hatte, fand sich zu einem Ausgange bereit gegen Ehrenerklärung. Die Verklagte gab hierauf der Geschlagenen folgende heitere Erklärung ab:

„Ich bedauere Sie, daß ich Ihnen eine Ohrfeige gegeben habe.“

Die Klägerin las den Satz genau durch und war damit — ganz zufrieden. Genügsamer und versöhnlicher kann man wohl nicht sein!

In einem Modebericht des „H. E.“ heißt es: Die Neigung der Damen, etwas Auffallendes zu tragen, tritt leider immer deutlicher hervor; namentlich werden die Hüte in einer Weise grotesk, die wahrhaft abschreckend wirkt. Man könnte die sämmtlichen modernen Façons „à la Wahnsinn“ nennen! Hochgarnirt mit Blumen, Federn und Schmuckstücken, müssen die Trägerinnen an allgemeinem Kopfschmerz leiden. Ein neuer Hut liegt jetzt wenigstens 2 Kilo! Die einzige Aussicht, daß diese häßliche Mode sich ändern muß, besteht in der Sommerzeit, deren Gluth die Köpfe der jungen Damen unfehlbar zu den leichtesten, schützenden Strohhüten zurückführen wird.

Die Amerikaner fahren fort, ihre Scherze über den Zustand ihrer Kriegsmarine zu machen. „Ich kann die Zahlung für Ihr Schiff nicht eher anweisen,“ sagt in einem der lezterübergekommenen

Witzblätter der Marine Sekretär zu einem Schiffseferanten, „als bis wir noch eine Probefahrt gemacht haben. Also an Bord!“ — Und der Lieferant antwortet darauf entsetzt: „Ich — auf meinem Schiff? Nimmermehr! Mein Leben ist der Nation „zu theuer“! Lieben Sie mir fünfzig Prozent ab und die Sache ist all right!“

Einen außerordentlich praktischen, nachahmungswürthen Verein haben die Bürger von Monthey im Kanton Wallis gegründet. Derselbe macht sich zur Aufgabe, diejenigen Witthe zu unterstützen und durch Prämien zu ermuntern, welche das ganze Jahre hindurch Speisen und Getränke in unverfälschter Beschaffenheit und Güte verabfolgen. Am Jahreschluß erfolgt die Veröffentlichung der Namen durch die Zeitungen.

(Zweifelhafte Schmeichelei.) Doktor: „Liebe Frau, den schwierigen Fall, von dem ich Dir erzählte, habe ich glücklich überwältigt. Der Patient ist kurt, gesund und munter.“ — „O, mein lieber Karl, Du bist der geschickteste Arzt weit und breit! Ach, hätte ich Dich nur fünf Jahre früher kennen gelernt, ich glaube gewiß, mein erster Mann, mein armer Thomas, wäre jetzt noch am Leben!“

(Wohlthätigkeit.) Ueber das Gesamtergebnis der Sammlungen für „Camphausen“ hört die „Saarbr. Ztg.“, daß bis jetzt weit über 80,000 Mark eingegangen sind.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 14. April. Die liberale Partei hat die von dem Oberhaus vorgenommenen Modifikationen des Gesetzesentwurfes über die Reform des Oberhauses unverändert acceptirt.

Paris, 14. April. Der „Temps“ meldet, eine Depesche Batenotres theile mit, daß die „Befreier Zeitung“ heute das kaiserliche Dekret betreffs der Ausführung der Friedens-Präliminarien veröffentlichen sollte. Ein Dekret weise den Vizekönig an, einen Donau-Kommissar und einen Mandarin nach Hanoi zu senden, um mit dem General Briere de l'Isle den Mobus für die Räumung zu vereinbaren. Dem Führer der schwarzen Flaggen ist der Titel Baron verliehen worden und würde die chinesische Regierung ihm, wie es heißt, eine bedeutende Summe zahlen, damit er seine Truppen entlassen könne, außerdem würde ihm die Verwaltung einer Provinz übertragen werden.

General Courcy wird am 30. d. M. nach Tonkin abgehen.

London, 14. April. Der „Pall-Mall-Gazette“ zufolge wäre seit dem gestrigen Kabinettsrath die Hoffnung auf eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten in der afghanischen Frage nicht gestiegen, doch sei kein Grund, die Situation als eine hoffnungslos anzusehen.

London, 14. April. Eine zweite Ausgabe der „Times“ enthält ein Telegramm aus Hongkong vom heutigen Tage, nach welchem in den Verhandlungen zwischen Frankreich und China Schwierigkeiten eingetreten sein sollen.

London, 14. April. Unterhaus. Auf eine Anfrage Northcotes erwiderte der Premier Gladstone, die Regierung habe von Lumsden keine Bestätigung der Nachricht von einem weiteren Vormarsche der Russen erhalten. Von Petersburg sei heute eine Mittheilung eingegangen, in welcher beiläufig die Versicherung erneuert wird, daß ein solcher Vormarsch nach den Intentionen und Befehlen der russischen Regierung nicht stattfinden werde.

Madrid, 14. April. In der Deputirtenkammer erwidert der Minister des Innern in Beantwortung verschiedener Interpellationen betreffs der Cholera, die Regierung werde die erforderlichen Maßregeln treffen, um einer Verbreitung derselben vorzubeugen, insbesondere werde sie die infizirten Ortschaften durch Sanitäts-Kordons absperren.

Suatin, 14. April. Italienische Truppen haben von Massowah aus Arafali an der Annesleybucht besetzt und daselbst die italienische Flagge neben der ägyptischen aufgeschliffen.

London, 14. April. (Telegramm des „Neueren Bureaus“.) Die Admiralität hat im Laufe des Nachmittags beschlossen, noch 4 Schiffe der Handelsmarine als Kreuzer auszurüsten. Zwei derselben sollen für die australische Station verwendet werden. Die Zahl der Kriegsschiffe, welche für den aktiven Dienst in Dienst gestellt werden, ist so groß, daß, um alle Offiziersstellen zu besetzen, die Reserveoffiziere der Marine herangezogen werden müssen.

London, 14. April. Die Adresse an die Königin als Antwort auf die Botschaft, betreffend die Eiderufung der Reserve, wurde ohne Abstimmung angenommen. Der Staatssekretär der Kolonien, Graf Derby, erklärte, die telegraphische Verbindung mit Hongkong sei eine zweifache: über Rußland und über Singapur und französisches Gebiet. Das Projekt einer direkten Verbindung Singapores und Hongkongs wurde erwogen. Die Marinebehörden hätten die Möglichkeit einer solchen Verbindung wohl anerkannt, stielten dieselbe inbessen nicht für durchaus erforderlich, eine Entscheidung sei noch nicht getroffen. Lord Carnarvon betonte die Nothwendigkeit des Schutzes der Submarinabel, er glaube, Rußland habe im Jahre 1878 die Zerstörung der Kabel vorbereitet. Der erste Lord der Admiralität, Northbrooke, bedauert, daß eine so delikate Frage öffentlich zur Sprache gebracht werde. Die Regierung habe ihre Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der telegraphischen Verbindung im Osten nicht vergessen.

Wir werfen einen Blick in das stille Heiligtum des Pfarrers, in sein Studyzimmer. Ringsum sind die Wände mit alten, schwefelgedornen Tapisserien bedeckt, welche in düsterer, staubbedeckter Belehrsamkeit auf den fünfundschtzigjährigen Greis herabschauen, der dort im Lehnstuhl vor dem alten Schreibtische sitzt und emsig die Feder über das Papier fliegen läßt. Und was er schreibt, sind keine Predigten voll leerer Glaubensformeln, es sind Samenkörner der Weisheit und Tugend, der Humanität, der milden, versöhnenden Belehrung. Es ist ein Christusfänger, ein Patriarch in des Wortes schönster Bedeutung, dessen Einkommen niemals erfährt, was die Rechte thut; ein Vater der Betrübten und Armen, ein Tröster und Beschützer aller Derer, welche das Unglück mit seinem scharfen Stachel gezeichnet.

Knaben, nach so vielen Jahren wiedererkennen wurden."

„Gütiger Gott, wär' es möglich," rief der

(Fortsetzung folgt.)

30 Pfg. pr. Ltr.
Ferdn. Poetko, Guben.

Abgang der Züge von Stettin nach:			
Güstlin, Breslau	Personenzug	6 U. 40 M.	Mitt.
Güstlin, Roppen	Gem. Zug	10 U. 25 M.	Bresl.
Güstlin, Breslau	Schnellzug	2 U. 22 M.	Ymn.
Güstlin	Gem. Zug	6 U. 20 M.	Mitt.
Ankunft der Züge in Stettin von:			
Güstlin	Gem. Zug	9 U. 25 M.	Mitt.
Roppen, Güstlin	Gem. Zug	4 U. 12 M.	Ymn.
Breslau, Güstlin	Personenzug	6 U. 20 M.	Mitt.
Breslau, Güstlin	Schnellzug	11 U. 30 M.	Mitt.